

Freie und Hansestadt Hamburg

Präses der Behörde für Justiz und Gleichstellung

An
den Vorsitzenden des Komitees für Auswärtige Beziehungen
Herrn Alexander Prokhorenko
Smolny
St. Petersburg 191060
Russische Föderation

29. November 2011

Sehr geehrter Herr Prohorenko,

der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat erfahren, dass am 16. November 2011 im Stadtparlament von St. Petersburg in erster Lesung eine Gesetzesinitiative der Partei Vereintes Russland zu Änderungen im Gesetz „Über die administrativen Rechtsverstöße in Sankt Petersburg“ diskutiert worden ist. Dieser Gesetzentwurf in seiner aktuellen Fassung stellt die „Propaganda von männlicher und weiblicher Homosexualität, Bisexualität und Transgenderismus unter Minderjährigen“ unter Strafe. Die zweite Lesung soll voraussichtlich an diesem Mittwoch, den 30. November 2011, stattfinden.

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg ist besorgt über die möglichen nachteiligen Auswirkungen der beabsichtigten Gesetzesänderung für die Rechte sexueller Minderheiten. Als Senatorin für Justiz und Gleichstellung setze ich mich für eine offene, tolerante, vielfältige und freie Gesellschaft ein. Auch Russland hat sich durch die eigene Verfassung und die Mitgliedschaft im Europarat zu den Grundsätzen der Toleranz, des Respekts und der Bürgerrechte verpflichtet.

Der aktuelle Gesetzesentwurf, der einen Zusammenhang zwischen Homo- und Transsexualität auf der einen Seite und Pädophilie auf der anderen Seite herstellt, widerspricht jedoch gerade diesen Werten. Denn er leistet der Diskriminierung von Menschen mit gleichgeschlechtlicher Lebensweise Vorschub und schürt Intoleranz und Ausgrenzung.

Hamburg und St. Petersburg verbindet seit langem eine besondere Beziehung. Unsere Städtepartnerschaft, die seit 1957 besteht, war die erste Städtepartnerschaft zwischen der damaligen Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland. Seitdem hat sich zwischen den Städten eine enge Zusammenarbeit und Freundschaft entwickelt.

Diese Freundschaft lebt vom Austausch und gegenseitiger Unterstützung. Sie lebt aber auch von den gemeinsamen Werten der Toleranz und des Respekts, füreinander und für die vielfältigen Lebensentwürfe ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg möchte deshalb seine tiefe Besorgnis über die aktuelle Entwicklung in St. Petersburg zum Ausdruck bringen. Wir möchten Sie respektvoll darum ersuchen, dem Bekenntnis Russlands zu den Menschenrechten für alle seine Bürgerinnen und Bürger zur Geltung zu verhelfen und den aktuellen Gesetzentwurf zu überdenken.

Im Namen des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg äußere ich die Hoffnung, dass Sie unserem Anliegen gegenüber aufgeschlossen sind und sich diesem mit Bedacht annehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Jana Schiedek